

# Wärter-Zeitung

Vertrieb durch die Wahlvereine  
Kommunistischen Partei

für Schlessien und Oberschlessien  
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Abonnementpreise: Breslau 10, Kredittbr. Str. 50, Tel. 550 20.  
Verkaufspreis: Breslau 54c. Redaktion: Breslau, Kredittbr.  
Str. 50, Tel. 230 02. Druckerei: Breslau, Kredittbr. Str. 50.  
Montags bis Freitags von 17-18 Uhr. Ullrichs-Verlag:  
Potsdam, Spandau, Tel. 4085; Oppeln, Wodschütz, Tel. 1544;  
Schlesien, Wuppertal, Telefon 2384. Geschäftsstelle: von 8-19 Uhr. Verlags-  
stand am Hauptbahnhof Breslau. — Berlin: Schlot, Verlagsgesellschaft  
m.B.H., Breslau. — Druck: „Hawag“ Berlin, Ullrichs-Verlag, Kredittbr. Str. 50

## Ein Klarek-Standal in Breslau!

### Bierzig städtische Beamte von einer Installationsfirma bestochen

Breslau, 23. Oktober.

Auch Breslau hat seinen Standal, ähnlich wie Klarek, wenn dieser zurzeit auch noch nicht den Umfang hat wie der Berliner Fall. Wie gestern abend bekannt wurde, hatte Oberbürgermeister Wagner gegen 40 städtische Beamte, die beschuldigt werden, von der im Juli dieses Jahres in Konkurs geratenen Installationsfirma Caspar Witz bestochen zu sein, Strafantrag gestellt. Bei der Durchsicht der Bücher der erwähnten Firma wurde ein Nebenkonto entdeckt, in das die Ausgaben für Geschenke an 40 namentlich aufgeführte städtische Beamte eingetragen waren. Wie die Klareks, verstand es auch Witz, sich die Gunst der Beamten durch großzügige Geschenke warm zu halten. Gewährten die Klarek-Schieber ihren Helfershelfern „billig“ Anzüge, Ferienreisen, Selbstlager usw., so bestach die Firma Witz die städtischen Beamten dadurch, daß sie in den Wohnungen der Beamten Arbeiten für den eigenen Haushalt ausführen ließ, für die nur die sogenannten Selbstkosten in Rechnung gestellt wurden. Diese Selbstkosten wurden von den Beamten teils gar nicht bezahlt, teils erst bezahlt, als der Konkurs eröffnet war.

Auch der Breslauer Fall zeigt, daß das gesamte Vergewaltigungswesen bei den Kommunen eine ständige Quelle von Begünstigung und Bestechung ist, welche die Korruptheit der Magistratsbürokratie immer wieder befeuchtet.

Als anlässlich des Falles Klarek unsere Genossen darauf hinwiesen, daß auch das Vergewaltigungswesen der Stadt Breslau einmal untersucht werden muß, war der Magistrat über diese Forderung äußerst empört. Der Fall Witz zeigt, daß der bürgerlich-sozialdemokratische Magistrat und der Oberbürgermeister Wagner keinen Anlaß zu dieser Enttäuschung hatten, zumal der Standal, der bisher der Dessenlichkeit vorenthalten wurde, schon damals bekannt wurde. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion wird, wie seinerzeit bei den Untersuchungssachen Wenzel und Güntzel, auch den Breslauer Klarek-Standal zum Anlaß nehmen, das Geschäftsgebahren der gesamten städtischen Verwaltung unter die Lupe zu nehmen. Sie wird ferner in der nächsten Sitzung der Stadtverordneten einen Antrag auf Begrenzung der Gehälter der städtischen Beamten stellen. Die Tatsache, daß städtische Beamte, deren Einkommen vier-, fünf- und zehnfach so hoch ist als der Proletarier, sich von korrupten Firmen bestochen lassen, hat in allen Kreisen der werktätigen Bevölkerung große Empörung ausgelöst.

Mit der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion wird die gesamte arbeitende Bevölkerung den Kampf gegen die korrupte Magistratsbürokratie aufnehmen und dafür sorgen, daß der Korruptionsfall am 17. November gründlich aufgemischt wird.



Was in der Stahlhelm-Zeitung steht, ist keine Kost für dich, Prolet! Denk' beim Klamauk der völkischen Horde An Giftgas, Kohldampf, Fememorde!

## Rohrleger-Streifleitung bleibt in Haft!

Richterlicher Haftbefehl — Wichtige Protestversammlung der streikenden Rohrleger — Der Streik geht weiter trotz Gollbarität!

(Fig. Ver.) Berlin, 23. Oktober.

Am 22. Oktober wurden die acht verhafteten Führer der streikenden Rohrleger dem Vernehmungsrichter vorgeführt. Dieser erließ sofort gegen sieben der Verhafteten richterlichen Haftbefehl, nur der Kassierer Kloppe wurde freigelassen.

Als diese Nachricht die am Nachmittag in den Pharusälen tagende Streikversammlung der Rohrleger erreichte, kam es zu einem unbeschreiblichen, gewaltigen Massenprotest. Wie ein Mann beschlossen die versammelten Rohrleger, den Kampf verschärft fortzusetzen.

Der große Saal in den Pharusälen war überfüllt, so daß im Garten eine Parallelversammlung stattfinden mußte. Es sprachen Genosse Heinz Neumann, Genosse Samter, Vertreter der roten Hilfe sowie Frauen der Verhafteten. Die faschistischen Gewalttaten des Polizeipräsidenten Jürgel und der Klassenjustiz befeuerte die Streikenden nur in dem eisernen Willen, den Kampf nun erst recht fortzusetzen. Einstimmig wurde eine Resolution in diesem Sinne angenommen. Anschließend bildeten die Versammelten einen wichtigen Demonstrationzug.

Auch der Proteststurm in den Berliner Betrieben ist im Anmarsch. In dieser Stunde ist es von entscheidender Wichtigkeit, daß auch aus allen Teilen des Reiches tatkräftige Unterstützung für die Berliner Rohrleger kommt.

Protestiert gegen die Verhaftung der Streikführer! Verstärkt den Kampf gegen die sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer, die die Verhaftung der Streikführer veranlaßt haben!

Beschleunigt mit allen Kräften die Sammlungen für die kämpfenden Rohrleger!

Bewiesenschaft eure Anstrengungen, um Jüngern sozialfaschistischer Streikbrecher nach Berlin fernzuhalten! Brangert die freibrechtlichen Lumpen überall an!

Verbreitet überall die Wahrheit über den Rohrlegerkampf! Nüchtern mit dem sozialfaschistischen Streikbrechertum!

### Massenproteste gegen die Verhaftung

Die „rote Fahne“ veröffentlichte einen Teil der Protestentscheidungen Berliner Metallbetriebe und Baustellen gegen die Verhaftung der Streikleitung der Rohrleger. Protestentscheidungen nahmen an:

- Die Belegschaftsversammlung der Norddeutschen Kabelwerke, Neukölln,
  - die AGG-Belegschaftsversammlung der Lorenz A.-G. einstimmig, die AGG-Turbine,
  - der Arbeiterrat der Bergmann-Elektrizitätswerke, Seestraße,
  - die Kollegen des Metallbetriebes Engels u. Wagner,
  - die Belegschaft der Firma Heid u. Franke, Baustraße Rudow,
  - die Belegschaft der Zimmerer der „Berliner Baugesellschaft“, Baustraße Südwesttor,
  - die Belegschaft der Baustraße Karlshorst von der Firma Luchtscherer,
  - die vereinigte Versammlung der Bauarbeiter der Firma Butt u. Co. und Waktibag,
  - die am Sonnabendnachmittag stattgefundene Versammlung des 13. Bezirks des Zentralverbandes der Zimmerer,
  - die Belegschaftsversammlung der AGG, Brunnenstraße, und die Funktionärskonferenz der Elektrolux A.-G.
- Ferner erhielt die Streikleitung der Rohrleger folgendes Telegramm:

„Das Zentralkomitee des Metallarbeiter-Verbandes der Sowjetunion äußert tiefe Empörung über die streikbrecherische Haltung der Sozialfaschisten aus dem Metallarbeiterverband. Die Verhaftung der Führer des heldenmütigen Rohrlegerkampfes ist unzweifelhaft durch die Provokation der Reformisten hervorgerufen. Die Metallarbeiter der Sowjetunion sind überzeugt, daß diese ungeheuerliche Maßnahme noch mehr die Reihen der kämpfenden zusammenzuschließen und zum Siege über die Unternehmer und die Sozialfaschisten führen wird.“

### Faschisten dürfen nicht reden

Gestern fand in Liebau eine von den Nationalsozialisten einberufene Versammlung statt. In der Diskussion sprach u. a. von starkem Beifall begleitet, der Genosse Brodde aus Breslau. Der faschistische Referent konnte sein Schlusswort nicht mehr halten, da die Arbeiter mit lauten „Rot Front“- und „Deil Komjet“-Rufen das Sozial verließen.

### Rabinett Briand gestürzt

11. Paris, 22. Oktober. In der ersten Sitzung der französischen Kammer nach den Ferien, am heutigen Dienstagnachmittag, stellte Ministerpräsident Briand die Vertrauensfrage über die Behandlung der auswärtigen Politik. Die Kammer versagte der Regierung mit 288 gegen 277 Stimmen das Vertrauen. Die Regierung ist somit gestürzt.

### Zusammentritt des Preussischen Landtages am Mittwoch

11. Berlin, 22. Oktober. Der Preussische Landtag tritt am Mittwoch, um 13 Uhr, zu einer Vollversammlung zusammen, um in der Hauptsache die Abstimmungen über die Anträge vorzunehmen, die von den Reichsnationalen zur politischen Aussprache eingebracht worden sind. Es handelt sich um die Anträge gegen den Young-Plan über das Volksbegehren, die Stahlhelmauflösung, und um den Vertrauensantrag gegen das Staatsministerium. Darüber hinaus wird sich der Landtag mit einer großen Anzahl kleinerer Vorschläge beschäftigen. Am Donnerstag wird der Landtag noch eine Vollversammlung abhalten, um in der Hauptsache die Anträge über den Goslarer Schulfall zu beraten. Dann wird sich der Landtag erneut vertagen, und zwar bis nach den Kommunalwahlen. Er wird erst am 26. November zusammentreten.

### Jungarbeiterstreit auf Abwehrgrube

Polizei stürmt Streikversammlung

(Fig. Drahtber. Hindenburg, 23. Oktober.)

Gestern Mittag sind die Jungarbeiter der Abwehrgrube als Protest gegen das unmenschliche Straßensystem in den Streik getreten. Die Direktion war zu Teilzugebändnissen bereit. Die Streikenden beschloßen jedoch in der am Abend stattgefundenen Streikversammlung, die restlose Erfüllung der Forderungen durchzusetzen. In der Zwischenzeit erschien die von der Zehnerverwaltung alarmierte Polizei auf drei Autos. Sie stürmte zweimal das Zehnerhaus, in dem die Streikenden versammelt waren, und schlug unbarmherzig auf die Arbeiter ein. Der Streik geht weiter. Da die Meldung kurz vor Reaktionsstillschluß durchgegeben wurde, sind wir erst morgen in der Lage, einen ausführlichen Bericht zu veröffentlichen. Oberschlesische Bergarbeiter, der Streik der Kameraden auf der Abwehrgrube ist einer Streik. Solidarisiert euch mit den Streikenden.

# Ammon bei der SPD. gelandet

Der aus der kommunistischen Partei ausgeschlossene Stadtrat Ammon hat sehr schnell den Weg zur SPD gefunden. Die gestrige „Volkswacht“ veröffentlichte eine Erklärung dieses Renegaten, deren Inhalt Sag für Sag das in der Ausschlußbegründung gefällte Urteil über Ammon enthält. Ammon entsuppt sich als ein farrucprier Abtrünniger und Sozialfalsch von freudigem Doh und Feindschaft gegen die Unorganisierten und Erwerbslosen. In seiner Erklärung beschimpft und verleumdet er die Mitglieder des Landeserwerbslosenausschusses wie folgt:

Meine politischen Gegner bestehen darin: daß ich es abgelehnt habe, mit dem von der SPD ausgehenden Landeserwerbslosenausschuß zusammenzuarbeiten, weil der größte Teil dieses Ausschusses aus unorganisierten oder moralisch verkommenen Elementen besteht, deren vornehmste Aufgabe als angebliche Vertreter der Erwerbslosen die Verleumdung persönlicher Partelle war;

daß ich nicht gebildet habe, daß die Beamten und Angestellten der mit unterstellten Kreisstelle N. C. bei Ausübung ihres schweren Dienstes von Mitgliedern dieses Landeserwerbslosenausschusses bei Vertretung eigener Interessen maßlos beschimpft und bedroht wurden;

In dieser Glanzleistung eines politischen Schusses, der Unorganisierte und moralisch Verlumpte auf eine Stufe stellt, ist festzustellen: Ammon verleumdet wider besseres Wissen. Gerade ihm ist bekannt, daß der Landeserwerbslosenausschuß die Interessen der gesamten Erwerbslosen rücksichtslos vertritt und daneben, wie es seine Pflicht ist, Hilfesuchenden in Tausenden Fällen Rat und Hilfe gewährt und die ihnen zustehenden Unterstützungen verschafft hat. Herr Ammon hat die eiserne Stirn, Mitglieder des Landeserwerbslosenausschusses als „korrupt und auf „persönliche Vorteile“ bedacht zu beschimpfen, weil sie nicht das Kunststück fertigbringen, von der Luft zu leben und beim Wohlfahrtsamt auch ihre Ansprüche geltend machen. Der festgebaltete Herr Ammon hat es freilich nicht nötig, Unterstützungsanträge beim Wohlfahrtsamt einzureichen. Die Erwerbslosen, darunter natürlich auch Mitglieder des Landeserwerbslosenausschusses, müssen es tun, wenn sie nicht verhungern wollen. Der Strohmann Ammon auf die „persönlichen Vorteile“ ist indessen nicht nur gemeine Deminuation und Verleumdung, sondern die unverkämteste Drohung, Kenntnisse, die er nur auf amfliche Wege erlangt hat, zur Infamierung des Landeserwerbslosenausschusses, zur Infamierung der kommunistischen Partei zu benutzen.

Dafür spricht auch seine Drohung, daß die nächsten Wochen noch Gelegenheit geben werden, „die Tätigkeits des obengenannten Landeserwerbslosenausschusses näher zu beleuchten“. Mit Hilfe der SPD und der „Volkswacht“ will Herr Ammon einen Verleumdungsfeldzug gegen den Landeserwerbslosenausschuß führen. Wir werden dafür sorgen, daß Herr Ammon bei seiner „Beleuchtung“ im rechten Lichte erscheint.

Recht komisch wirkt die Art, in der Ammon sich krampfhaft bemüht, sich selbst zu beschweichern. Er behauptet, daß er Tausenden Erwerbslosen Arbeit zu tarifmäßigen Bedingungen verschafft habe, obwohl es feststeht, daß ein erheblicher Teil der Kostlandsarbeiter mit Unterstützung und Lohn ganze 18,40 Mark die Woche verdient. Das nennt Ammon tarifmäßige Bezahlung.

Obendrein spielt sich Herr Ammon noch als der Mutige auf. Er behauptet, schon seit langer Zeit erklärt zu haben, die „neueste“ Wendung in der Kommunalpolitik in der kommunistischen Partei nicht mitgemacht zu haben. Wir stellen demgegenüber fest, daß Ammon niemals den Mut aufgebracht hat, sich offen und eindeutig gegen die Kommunalpolitik der SPD zu wenden. Wenn Herr Ammon schließlich behauptet, Genosse Tombrowski hätte nicht den Mut gefunden, in der letzten Stadtverordnetenversammlung die von uns in der Freitagnummer veröffentlichte Erklärung zum Ausschluß von Ammon zu verlesen, so ist das eine grobe Lüge. Es bestand — wie Ammon bekannt ist — geschäftsordnungsmäßig keine Möglichkeit mehr, die Erklärung in der letzten Sitzung zu verlesen. Sie kommt in der nächsten Sitzung zur Verlesung. Herr Ammon wird nichts geschenkt werden. Die Arbeiterchaft, vor allem aber die Erwerbslosen und Kostlandsarbeiter, haben ihr Urteil über Ammon gefällt.

Das Proletariat schreitet mit Verachtung über den Korrupten Bürokraten, dem seine Stellung im reaktionären Magistrat alles und das Proletariat nichts ist, hinweg.

# Das Geheimnis um Albrechts Selbstmord

Was hatte der sozialdemokratische Polizeipräsident Albrecht bei den Stahlhelmläutern zu suchen? — Warum kommt sich die „Volkswacht“ bezüglich dieses bisherigen Sozialdemokraten?

Breslau, den 28. Oktober.  
Der Selbstmord des Leiters der Breslauer politischen Polizei, des Kriminaloberinspektors Bruno Albrecht — den wir in unserer gestrigen Ausgabe bereits meldeten —, liegt weitere Kreise der Volkswacht ein Postulat, das bald in der nächsten Nummer zu werden.

Neben dem Selbstmord und die ihm vorangegangenen Ereignisse erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Albrecht war Sonntagabend, nach dem Stahlhelmläutern nach einem geradeüber der Diebstahlschilde halbierten Lokal, in der Neuen Walle 14, gegangen. Schon das ist sehr merkwürdig, daß ausgerechnet zu dieser späten Zeit Albrecht noch mit den Stahlhelmläutern angeblich über das für Sonntag vom Polizeipräsidenten ausgesprochene Ausmarschverbot „verhandeln“ wollte. Was gab es da nach zu verhandeln? Das Verbot war bereits durch die gesamte Presse gegangen, war demnach bekannt und wohl auch bestritten. Wir wissen nicht, daß Herr Albrecht bei früheren Demonstrationen verboten z. B. Janals mit Kommissarissen über dasselbe „verhandelt“ hätte.

Es müssen also andere als dienliche Gründe den Sozialdemokraten Albrecht zum Selbstmord getrieben haben.

Gründe, die in zweifelsfrei festgestellten persönlichen Beziehungen zu namhaften Führern dieser schicksalichen Organisation liegen. Als Herr Albrecht vor dem betreffenden Lokal stand, kamen die dort befindlichen Stahlhelmläutern untereinander in Streit, und wie von Augenzeugen behauptet wird, wegen Herrn Albrecht. Im selben Augenblick war eine heftige Kollision zwischen den einzelnen leichten „Einigkeit“aposteln im Gange. Plötzlich erschien das Oberkommando und wollte einige Stahlhelmläutern festnehmen, u. a. auch einen Führer dieser Bande, einen früheren Kriminalbeamten.

Dessen Festnahme widersetzte sich Albrecht, wobei er rief: „Komraden, die Polizei hat uns gar nichts zu sagen!“ Wenn das ein eingelassenes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, das dazu noch Leiter der politischen Polizei ist, tut, so haben wir allen Grund, mehr hinter diesem Zwischenfall zu sehen, als die amtlichen Stellen, und vor allem die

„Volkswacht“, zugeben wollen. Überhaupt die „Volkswacht“. Sie erwähnt in ihrem gestrigen Bericht mit keinem Wort, daß Albrecht Sozialdemokrat war. Warum wohl? Ganz einfach: Für den Selbstmord Albrechts kommen andere Ursachen in Frage als nur die, daß er in unangenehmer Zustände einen Zusammenstoß mit der Schutzpolizei hatte. Etwas war Albrecht nicht so betrunken, daß er nicht wußte, was er tat (obwohl auch das schon schlimm genug für einen Sozialdemokraten, der zum Stahlhelm „verhandeln“ ging, wäre), und zweitens hat man Albrecht selber schon öfters in der Presse Verleumdungen angedreht, ohne daß dadurch seine Karriere gestillt hätte; denn er stand kurz vor der Beförderung zum Polizeirat.

Also kann „Scham“ über seine Trunksucht nicht der eigentliche Anlaß zum Selbstmord gewesen sein. Vielmehr dürfte Albrecht, da seine Beziehungen zu gewissen Stahlhelmläutern durch den Zwischenfall mit der Schutzpolizei bekannt wurden, und deshalb der Selbstmord. Wir werden den Fall weiter verfolgen und gegebenenfalls auf ihn zurückkommen.

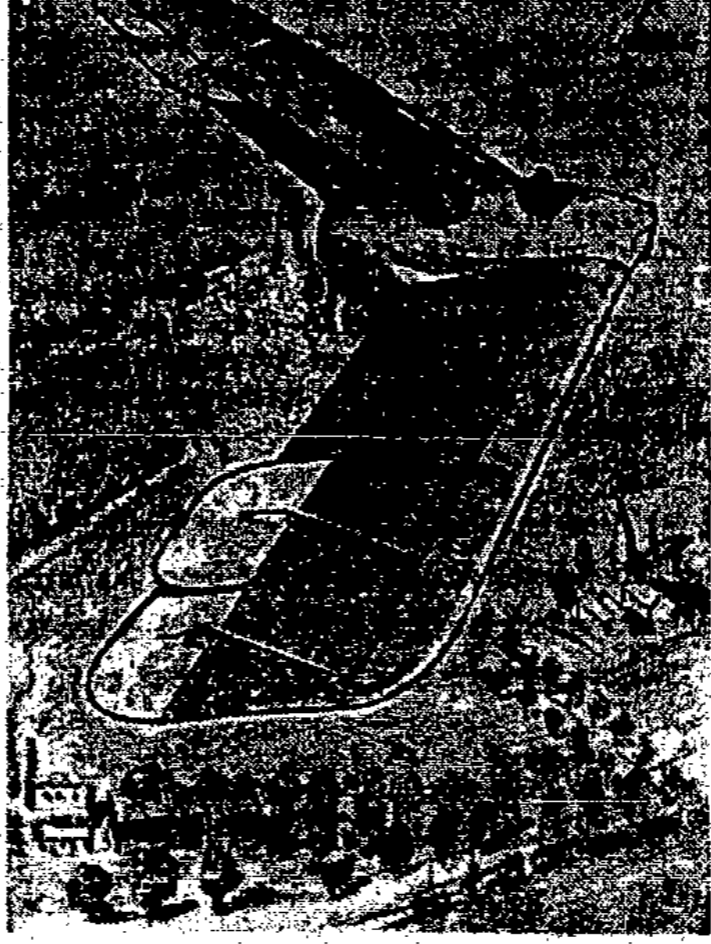
Zum Nachfolger Albrechts ist der Kriminalkommissar Gajda vorgezogen.

Zum Selbstmord des Kriminalinspektors Albrecht läßt der amtliche Preussische Pressedienst folgende Erklärung los:

Der Selbstmord des Kriminalinspektors Albrecht in Breslau wurde von verschiedenen Zeitungen so aufgefaßt, als habe Albrecht die Tat unter politischem Gewissenszwang begangen. Wie von zutändiger Seite dazu bekannt wurde, sei diese Darstellung unzutreffend. Die Untersuchung des Falles habe einwandfrei ergeben, daß Albrecht, der im Alkohol zu einem einseitigen Zusammenstoß mit Polizeibeamten hatte, nun bestürzte, damit seine bevorstehende Beförderung zum Polizeirat nicht durch eine festliche Depression über diesen Vorfall habe er den Selbstmord ausgeführt. Mit politischen Motiven habe die Tat nicht das geringste zu tun.

In dieser Erklärung ist nur eins richtig. Herr Albrecht hat sich tatsächlich in einem alkoholisierten Zustand befunden, doch war dieser bei ihm keine Ausnahmserscheinung. Das hat die vorgelegten Behörden allerdings nicht verhindert, Albrecht zum Leiter der politischen Polizei in Breslau zu machen und ihm Beförderung zum Polizeirat in Aussicht zu stellen. Wir stellen fest: Der Sozialdemokrat Albrecht war der Berater des Breslauer Polizeipräsidenten. Er organisierte die Polizeibeamten gegen die Arbeiterchaft, er war der Urheber der eingeleiteten Aufbruchprozesse gegen die revolutionären Arbeiter, die anschlüss des Roten Frauentreffens demonstrierten. Dieser Mann, ein kühner Gak im Breslauer Gewerkschaftshaus, ein persönlicher Freund führender Breslauer Sozialdemokraten, unterhielt gleichzeitig Verbindungen mit dem Stahlhelm. Diese Verbindungen führten zu dem bekannten Konflikt und zum Selbstmord. Keine Erklärung des amtlichen Pressedienstes, keine Dementi-Artikel der „Volkswacht“ können diese Tatsachen aus der Welt schaffen. Tatsachen, die allen Arbeitern wieder einmal die Verpöpfung der SPD mit dem Staatsapparat und die Begünstigung des Faschismus durch die Sozialdemokratie zeigen.

## Ein Schwanz'oses Flugzeug



Das Fortschrittsmittel der Rhön-Raketen-Gesellschaft wird in den nächsten Tagen auf dem Tempelhofer Flugplatz ein schwanzloses Flugzeug zum ersten Male der Öffentlichkeit vorführen. Bei diesem Flugzeugtyp liegen alle Steuerorgane, die sonst am Schwanzende untergebracht sind, an den Flügelenden.

## Auch Striegau geschädigt

Zu der Flucht des Breslauer Konkursverwalters Cohn entnehmen wir einer Tl.-Mitteilung: Zu der Flucht des Konkursverwalters J. Cohn erfahren wir, daß auch die Stadt Striegau durch den Konkursverwalter Cohn wahrscheinlich schwere Verluste haben wird, da dieser auch den 2,4 Millionen Mark betragenden Konkurs Dr. Schneider, Gurtsch bei Strahlen, verwaltete, an dem auch die Stadt Striegau mit 64 Prozent der Gesamtforderungen beteiligt ist.

## An unsere Leser!

Wir bitten unsere Leser, den Postporturen bei der Einlassierung des Abonnementgeldes keine Schwierigkeiten zu bereiten! Der Verlag muß streng darauf bestehen, daß das Zeitungsgeld regelmäßig und im voraus einrichtet wird! Bei der Einlassierung ist vom Postporteur eine Quittung zu verlangen!

# ANNA IVAN OLBRACHT

## Das Mädchen vom Lande

### DER ROMAN EINER ARBEITERIN

Verlag: städtischer Arbeiterverlag, Berlin O 25

„An die Arbeiterchaft der Republik!“  
Das war die Schlagzeile des Flugblattes, das das „rote Volkswacht“ herausgegeben hatte, und schon diese großen und schwarzen Buchstaben erfüllten Anna mit dem Bewußtsein von dem Ernst der Stunde.  
„Gestern hat die Regierung mit bewaffneter Macht das Volkshaus besetzt und unter dem Vorwand versiegelt, daß die Drucker die Gewerbrodungen verletzen hätte. Bei der Verriegelung der Druckerei, die unter Aufsicht von einigen hundert Schutzleuten und Gendarmen durchgeführt wurde, ist Arbeiterblut geflossen.“  
Nach furchtbaren Ausfällen haben die Gendarmen die Arbeiter durch Bajonettschüsse vertrieben, die Polizei hat mit dem Summknüttel geschlagen. Alle Arbeiter, die gestern Zeugen des Vorfalles waren, hat sich eine ungeheure Erregung bemächtigt, und wie aus einem Munde wurde die leidenschaftliche Aufforderung vorgebracht:  
„Wir antworten mit dem Generalstreik!“  
„Gestern hat die Arbeiterchaft das mittelböhmisches Kopienreviers, als die Polizei ins Revier kam, den Generalstreik für das ganze Revier und den ganzen Bezirk proklamiert.“  
Anna schlug das Herz. Auch Loni's Mut war geflossen, als Arbeiterblut vergossen wurde. Ihre feuchten Augen überflogen den Aufsatz des Aktionsausschusses bis ans Ende.  
„Hauptartikel diesen Generalstreik durch einen Protest von ungeschulten Arbeiter.“  
Proklamiert einen allgemeinen Proteststreik in allen Teilen der Republik!“  
Anna wachte, was das bedeutete: „Generalstreik.“  
Sie sprang in einen Wagen der Straßenbahn und fuhr nach dem

„Altpädler Ring“. Die Menschen im Wagen lasen die Zeitung. Sie sprachen weniger als sonst, und ihr Schweiß und ihre Stirnen, die über das Papier gebeugt waren, zeigten die Spannung des Tages. Gegen Morgen war Schnee gefallen, der nun in den Straßen lag. Vor dem Altpädler Ring beugte sich Anna vergeblich aus dem Wagen, um Arbeitermassen zu suchen. Sie fragte aus. Die Menschen, die vorbeizogen, waren ihr fremd und feindselig. Dann lief sie zum Parlament. Der Freiplatz vor ihr war leer. In dem kleinen Park lag der Schnee in Haufen, die von Tannenzweigen bedeckt waren.  
Es war ebe, still und kalt.  
„Wo ist Loni?“ Die Frage war ebenso huster wie der heutige Tag. Wo soll sie ihn suchen? Unruhe bemächtigte sich ihrer. Es schien ihr, daß sie schon einmal im Leben irgendwem, vor langer, sehr langer Zeit, so auf der Straße gestanden hatte, rasselnd und unwissend, wohin sie gehen sollte.  
Eine fröhliche Frauenstimme überraschte sie.  
„Das ist doch die Anna!“  
Eine schöne schlanke Dame im Sealskinpelz stand vor ihr und lächelte freundlich.  
„Fräulein Dabla!“ sagte Anna überrascht.  
In diesem Augenblick wachte sie, wann sie vor langer, langer Zeit in rasselnd auf der Straße gestanden hatte.  
„Guten Sie Loni“, hatte ihr das Fräulein damals gesagt. „Wahrscheinlich er nicht da ist, gehen Sie dorthin, und dann noch dahin und dorthin.“  
„Wo wird Anna heute Loni suchen?“  
„Wie geht es Ihnen, Anna?“  
„Danke, Fräulein, gut.“  
„Ich bin kein Fräulein mehr. Haben Sie es nicht in der Zeitung gelesen?“  
„Nein.“  
„Kein Mann ist der Doktor Urban, Direktor der Gewerbebank.“  
„Anna Dabla lachte, und in ihren Augen lag Fröhlichkeit. Als ob sie im nächsten Augenblick sagen würde: „Bist du ein Stückchen Schokolade, Anna?“  
„Er kennt Ihren Mann. Ihr Mann ist einer von den Bolschewikern, wie?“  
„Ja.“  
„Da ja, ich weiß ja“, sagte Dabla.

Sie blinnte Anna eine Weile an und betrachtete sie mit einem freundlichen Interesse, das Anna unangenehm war.  
„Sie sehen nicht gut aus. Bei uns haben Sie besser ausgesehen. Haben Sie Familie?“  
„Ja.“  
„Na, jetzt gehen Sie aber nach Hause, Anna“, sagte Dabla mit einer beschließenden Selbstverständlichkeit, die Anna so gut kannte. In Annas Augen war eine Frage.  
„Gehen Sie nur!“, befahl die Frau Direktor, ohne ihr Gesicht zu unterbrechen, und achtete Sie auf Ihren Mann. Heute wollen sie auf sich schließen.“  
„Jesus Christus!“  
Das Dorf schrieb in Anna auf. Wo wird sie Loni finden?  
Anna blinnte ängstlich in die Augen der schönen Dame, und als der ausdauernde und tiefe Blick sich nicht abwandte, da veränderte sich die schöne Frau mit einemmal. Fräulein Dabla mit den befehlenden Worten, dem Lächeln auf den Lippen, mit der Tafel Schokolade in der Hand, war verschwunden. Das war einmal vor langer Zeit. Die liebenswürdige Dame, die Anna auch um den Preis des Verrats am eigenen Lager gewarnt hatte, war verschwunden. In der tiefen Luft des Dezemberabends sah Anna das böse Gesicht eines Feindes vor sich stehen. Er war zu verächtlich, um das Gewehr zu nehmen und selbst zu schießen; zu feige, um nicht nach in diesem blutigen Augenblick den wohlmeinenden Freund und Berater zu spielen — aber eben wegen jenes lichten Sealskinpelzes mit dem kirchfarbenen Seidenslutter werden sie heute auf Loni schließen.  
Eben wegen dieser schampannerfarbigen Schuhe und wegen der seidenen Strümpfe wird man heute werden. Eben wegen dieser herrlichen Mäße, wegen der amerikanischen Handschuhe und der wunderbaren Seidenschleife, welche die Frau Direktor in Knopfloch trägt, ist gestern Arbeiterblut geflossen. Jene kühne vergebene Verleumdung von der gehepten Maurerfrau, die der Frau Direktor die Liebesgabe des Vereines „Weißes Herz“ vor die Füße warf, flüchtete durch Annas Kopf.  
(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich für Politik und Religion Alfred Thomas, Breslau; für Baden-Breda und Religion: Helmut und Gewerkschaft Wilhelm Niemald, Breslau; für Oberelbischen Gerhard Schulz, Glesnitz.

# Kommunalarbeit im proletarischen Staat

Die Gemeinden sind Teile des politischen Machtapparates. Der Staat ist ein Organ der jeweils herrschenden Klasse. Die wirkliche Durchführung einer Gemeindepolitik im Interesse der arbeitenden Klasse kann nur erfolgen durch die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft, durch die Machteroberung durch das Proletariat. Darüber müssen sich alle Werktätigen klar sein. Sie dürfen deswegen die Gemeindegewalten auch nur unter dem Gesichtspunkt einer Massenmobilisierung für den revolutionären Kampfbetrieb betrachten. Das Ergebnis der allgemeinen Wahl kann nicht die Eroberung der Macht sein, es ist nur ein Gradmesser für das Kräfteverhältnis der Klassen, für die Entwicklung und den Reifegrad der Massen. In diesem Sinne gibt es auch Erfahrungen und Belehrungen für die Maßnahmen auf dem Wege zur Machteroberung.

Die Erkenntnis breiter Schichten, daß nur die Massenbewegung den Sieg des Proletariats herbeiführen vermag, die bei der Stimmabgabe ihren Ausdruck findet, die Wahl einer größeren Zahl revolutionärer Kandidaten, die Wahlniederlage der reaktionären Parteien, zu denen auch die Sozialdemokraten gehören, beeinflussen gewaltig die Möglichkeiten, Tagesforderungen durchzuführen, wie auch den Sieg des Proletariats zu beschleunigen. Diese Beschleunigung wird aber nur erzielt in dem Maße, wie die Massen ihre Stimmenabgabe für die revolutionäre Partei und ihre Kandidaten jammern in Kampfhandlungen für ihre Ziele, in Demonstrationen, Streikbewegungen, politischen Streiks, in Massenkämpfen.

Die Gemeinden im bürgerlich-kapitalistischen Staat vertreten die Interessen der Kapitalisten. Sämtliche Handlungen dieser Gemeinden und der in den Verwaltungen und Parlamenten tätigen Vertreter, mit Ausnahme der Vertreter der revolutionären Opposition, sind eingestellt auf die Festigung der kapitalistischen Staatsmacht, auf die Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft. Sie sind abgestellt auf die Entlastung der Besitzenden und die Belastung der arbeitenden Massen. Die bürgerlichen und die für den bürgerlichen Staat arbeitenden sozialdemokratischen Vertreter verhindern jede Regelung der Gemeindeaufgaben im Interesse der arbeitenden Schichten. Die Arbeitsweise in den Kommunalbetrieben ist in Antriebsmethoden, Urlaubsvorverlängerung und Lohnreduzierung beispielgebend für die Unternehmer. Die Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität werden nach den Bedürfnissen der Kapitalisten gekalkuliert. Während die Massen durch hohe Preise die Rentabilität der Betriebe sichern müssen, werden von den Großkapitalisten niedrige Preise erhoben. Auch auf den Verkehrsmitteln haben die Arbeiter die relativ hohen Preise zu zahlen. Die Verkehrsverhältnisse werden aber keineswegs nach den Bedürfnissen der Arbeiter reguliert. Gerade nach den Arbeiterwünschen sind die schlechtesten Straßenverhältnisse vorhanden. Die eng gedrängt gefüllten Straßenbahnen, Untergrund- oder Hochbahnwagen fahren die Arbeiter zu ihren oft weit entfernten Arbeitsstätten, während nach den Wünschen der Kapitalisten, in die Villenviertel, aber nur mäßig besetzte Wagen verkehren. Die Mehrkosten dafür haben die Arbeiter aufzubringen.

Den städtischen Lieferanten werden für schlechte Waren hohe Gewinne zugeschanzt. Die Affäre Sklarek ist dafür ein Musterbeispiel. Jahrelang lieferten die Gebrüder Sklarek für die Wohlfahrtsempfänger schlechteste Lumpen und erzielten damit Riesengewinne. Proletarier, die sich beschwerten, wurden von durch sozialdemokratische Bürgermeister eigens dazu angestellte Leute verprügelt.

Bürgerliche und sozialdemokratische Gemeindevorstände verhindern selbst die Durchführung des Wohnungsbaues in eigener Regie. Sie schieben damit den Unternehmern gewaltige Gewinne in die Taschen und fördern den Baumwucher. Die Wohnmieten werden dadurch so hoch, daß kein Arbeiter sie zu bezahlen vermag.

Auf diesem Boden der Arbeit für die Privatkapitalisten wächst, blüht und gedeiht die Korruption.

Wie anders liegen die Verhältnisse im proletarischen Staat! Dort dient, wie jede Tätigkeit, auch die in den Gemeinden nur den Interessen der Arbeiterschaft. Nach welchen Gesichtspunkten im proletarischen Staat die Gemeindeaufgaben durchgeführt werden, darüber gibt eine Anweisung des Moskauer Komitees an die Deputierten in dem Moskauer und Rajonowjets Auskunft. Die Gemeindevorsteher kennen dort nicht den engen Standpunkt eines Gemeindeparlamentarismus und Lokalpatriotismus, der die deutschen Gemeindeparlamente so besonders auszeichnet. Die Politik der Kommunalvertreter im Sowjetstaat ist ständig eine Politik für den sozialistischen Aufbau und die Interessen des gesamten internationalen Proletariats.

Die Anweisung ist deswegen auch die Aufforderung: „Den brüderlichen Kontakt mit dem internationalen Proletariat und mit den einen heldenmütigen Kampf führenden Völkern der Kolonien im Namen des Triumphes der sozialistischen Weltrevolution zu fördern und zu festigen.“

In Anbetracht der Erkenntnis, daß die beste Förderung der Weltrevolution der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion ist, werden den Deputierten dann folgende Aufgaben gestellt:

## 1. Für die Förderung des sozialistischen Aufbaus

Sicherstellung des festgelegten Tempos der Industrialisierung des Landes, Entwicklung der staatlichen Großindustrie — insbesondere der Schwerindustrie — der Produktion von Produktionsmitteln, Hebung und sozialistische Rekonstruktion der Landwirtschaft, allseitige Hebung des Ernteertrages der Bauernfelder, Schaffung eines tatsächlichen, massen umfassenden Genossenschaftswesens, Entfaltung der Kollektivierung und der Schaffung von Sowjetwirtschaften.

## 2. Zur Hebung der Lage der Arbeiterschaft

Der Beseitigung der Bürokratie und der Vernichtung der Ueberreste des Kapitalismus. Alle Maßnahmen zu treffen zur weiteren Besserung der materiellen Lage, des Kulturstandes der Arbeiter und aller Werktätigen, zur weiteren Einziehung breiter proletarischer Bauernmassen in die Arbeit des Sowjetstaates, zur Steigerung des Kampfes gegen den Bürokratismus auf Basis einer praktischen Entfaltung proletarischer Selbstkritik, zur Vertreibung aller Klassenfeinde, verrotteten und karrieristischen Elemente aus dem Sowjetapparat, zur allseitigen Verbesserung, Vereinfachung und Verbilligung des Staats- und Wirtschaftsapparates.

Zuspitzung des Klassenkampfes und einer Steigerung des Wider-

standes der kapitalistischen Elemente gegen die Industrialisierung des Landes und die sozialistische Rekonstruktion der Landwirtschaft alle Maßnahmen zu treffen zur weiteren erfolgreichen Entfaltung der sozialistischen Offensive gegen den Kulaken und den Nepmann, unter gleichzeitiger Steigerung der führenden Rolle des Proletariats in den Sowjets, unter Zusammenfassung der Dorfarmut und des Proletariats und unter Steigerung des Bündnisses mit dem Mittelbauer.

## 3. Besondere Maßnahmen auf dem Gebiete der Industrie

Betterentwicklung der Industrie des Moskauer Gouvernements, im Besonderen der Produktionsmittel erzeugenden Industriezweige, zur rechtzeitigen Beseitigung der Industriebetriebe mit Rohstoffen, zur Verbesserung der Dampf- und Energiewirtschaft und zur Erzeugung der veralteten Betriebsanlagen durch neue.

Wenigstens 75prozentige Herabsetzung der Gesehungskosten in den Industriebetrieben; in der Warenausgabe der Rohstoffe strengste Sparsamkeit wachen zu lassen und die unproduktiven Kosten herabzusetzen; die Rationalisierung der Produktion weiter fortzusetzen; alle Maßnahmen zu treffen zur Hebung der Qualität der Produktion.

In den für Umstellung auf den Siebenstundentag aussergehenden Betrieben die Einführung des Siebenstundentages ohne Verringerung des Arbeitslohnes, wie auch der Produktionsmenge der Betriebe auszuführen.

In die wirtschaftliche Aufbauarbeit die breiten Arbeitermassen einzubeziehen durch Steigerung der Tätigkeit der Produktionsberatung, durch gesteigerte Förderung der Erfindertätigkeit unter den Arbeitern, wie auch durch ständigen Kontakt im Prozeß der Tagesarbeit mit den Sektionsmitgliedern und den aktiven Arbeitern in der Industrie; die Ingenieure und Techniker, wie auch die wissenschaftlichen Kräfte in größerem Maße in den praktischen Wirtschaftsaufbau einzubeziehen.

## 4. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft

Den Aufstieg unserer sozialistischen Rekonstruktion der Landwirtschaft unentwegt zu fördern und die auf Hebung des Ernteertrages, auf Ausdehnung der Anbaufläche, auf Entwicklung des Genossenschaftswesens und der Kollektivierung gerichteten Maßnahmen zu steigern.

Im Interesse der Versorgung der Arbeiterbevölkerung von Stadt und Gouvernment mit Produkten der Viehzucht und Gemüse, die Stärkung der vorhandenen Milch- und Gemüse-Sowjetwirtschaften, wie auch die Organisation neuer Betriebe mit allen Mitteln zu fördern und alle Maßnahmen zu treffen zur Entwicklung der Gemüsegartenwirtschaft, insbesondere unter den Arbeitern.

Der Dorfarmut jedwede Hilfe angeheißt zu lassen, ihre Befreiung von der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Kulaken, ihre Befreiung von der Ausbeutung durch die Aufkäufer usw. zu fördern.

## 5. Auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens und des Handels

Alle Maßnahmen zu treffen zur ungehörten Versorgung der schaffenden Massen Moskaus mit den wichtigsten Nahrungsmitteln und grundlegenden Bedarfsartikeln; zu welchem Zwecke folgende Maßnahmen getroffen werden sollen:

Steigerung der Vorräte der in Frage stehenden Waren und

Ausdehnung des Handelsnetzes vorwiegend in den Arbeitervierteln und Organisation des Handels auf dem Gebiete der Fabriken und Industriewerke, unter Anpassung an die Bedürfnisse der Arbeiter. Gesteigerter Bau von Brotfabriken unter Verbesserung der Qualität des produzierten Brotes, Ausbau des Netzes von Kantinen und sonstigen genossenschaftlichen Betrieben, die die Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Bevölkerung zur Aufgabe haben.

Fortsetzung der genossenschaftlichen Zusammenfassung der Werktätigen und ihrer Angehörigen in Konsumgenossenschaften, wobei in erster Reihe die restlose genossenschaftliche Zusammenfassung der werktätigen Bevölkerung von Stadt und Gouvernment anzustreben ist.

## 6. Auf dem Gebiete des Sowjetaufbaus

Genau Durchführung aller Aktivposten des Haushaltsplanes zu kontrollieren und dabei eine sparsame und zweckdienliche Verwendung der Geldmittel, wie auch eine Herabsetzung der Verwaltungslosten anzustreben. Die Stärkung und Ausdehnung der Haushaltspläne der unteren Organe zu fördern. Alle Maßnahmen zu treffen zur steuerlichen Erfassung der nicht werktätigen Elemente, zur Eintreibung dieser Steuern unter strenger Berücksichtigung des Massenprinzips in unserem Steuersystem. Maximale Verbreitung der Staatsanleihe unter den Arbeitern, Bauern und Angestellten anzustreben. Alle Maßnahmen zu treffen zur gesteigerten Unterbringung der Kultur- und Lebensbedürfnisse der werktätigen Bevölkerung Moskaus und des Moskauer Gouvernements aufgelegt wird.

Den Kampf gegen die Wohnungsnot fortzusetzen und alle Maßnahmen zu treffen zur Verbilligung des Wohnungsbaues; im Zusammenhang mit dem Uebergang einer Reihe von Gebäuden zum Siebenstundentag und mit dem Wachstum der Arbeiterbevölkerung die Bautätigkeit in den Fabriktrevieren steigern, und die neuen Häuser für die schlechtbezahlten Gruppen der Arbeiter und Angestellten zugänglich zu machen und den Einfluß der Arbeiterelemente in die Verwaltung der Häuser zu stärken; die nicht werktätigen Elemente aus den Ministerialhäusern zu ermitteln; alle Maßnahmen zu treffen zur Ausdehnung der Tätigkeit des Wohnungsgenossenschaftswesens.

Die auf Verschönerung Moskaus gerichtete Tätigkeit fortzusetzen; Maßnahmen zu treffen zum Ausbau der Wasserleitung und Kanalisation; den Bau von Wäschereien und Badeanstalten zu steigern; die Straßenbeleuchtung und Gartenanlagen in den Arbeitervierteln auszubauen; das Pflaster allmählich durch ein vollkommeneres zu ersetzen; die Befriedigung der Verkehrsbedürfnisse der Bevölkerung durch Vermehrung der Straßenbahn- und Autobuslinien, wie auch der Wagenzahl zu fördern, und zwar sollen diese vorwiegend auf die Arbeiterviertel bedienenden Linien konzentriert werden.

Die auf Verbilligung und Verbesserung des Staatsapparates, auf Beseitigung des Bürokratismus, wie auf Beseitigung jeder Entstellung der Klassenlinie gerichtete Arbeit weiter fortzusetzen. Die Verstärkung des Kontaktes der Deputierten mit den Wählern und die Steigerung der Befehung führender Sowjetposten mit Arbeitern anzustreben.

Eine Ausdehnung der Rechte der Rajonowjets durchzuführen.

## 7. Auf dem Gebiete der Befriedigung der sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung

Auf ehestige Einführung der allgemeinen Schulpflicht gerichtete Maßnahmen durchzuführen; den Bau von Schulen mit größter Energie zu betreiben; die Liquidierung des Analphabetentums im Jahre 1930/31 abzuschließen; den Schulunterricht wie auch die Versorgung der Schulen mit Lehrmitteln zu verbessern; Maßnahmen zu treffen zur besseren Versorgung der Kinder der Dorfarmut und der schlechtbezahlten Arbeiterschichten in den Schulen; Steigerung des Entwicklungstempos der Berufs- und Fachschulbildung, im Hinblick auf die Aufgabe, die notwendigen kader qualifizierter Arbeitskräfte für die in Entwicklung begriffene Industrie heranzubilden. Ein besonderes Augenmerk auf die internationale und antireligiöse Arbeit in den Schulen zu richten, das Netz der Abendschulen und der Lehrkurse für erwachsene Arbeiter auszudehnen und alle Maßnahmen zu treffen zur Besserung der materiellen Lage der Moskauer Studentenschaft (Hochschüler und Arbeiterfakultäts Hörer); die auf Erziehung der Kinder im Vorschul- und Säuglingsalter gerichtete Tätigkeit durch Ausbau des Netzes der in Frage stehenden Institutionen auszudehnen; alle Maßnahmen zu treffen zur besseren Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse der Arbeiterbevölkerung der Stadt, im besonderen Hinblick auf den Bau von Klubs; die Qualität der Klubarbeit zu heben; Maßnahmen zu treffen zur Steigerung der ideologischen Leitung der Tätigkeit der Theater und Kinos.

Die Dispanisairisierung in den Fabriken und Industriewerken weiter zu entwickeln, die ärztliche Behandlung der Arbeiter zu verbessern; eine bessere Verwendung der Sanitätseinrichtungen anzustreben und zu diesem Zwecke ihre Tätigkeit zusammenzufassen.

## 8. Auf dem Gebiete der Landesverteidigung und der Tätigkeit der Roten Armee

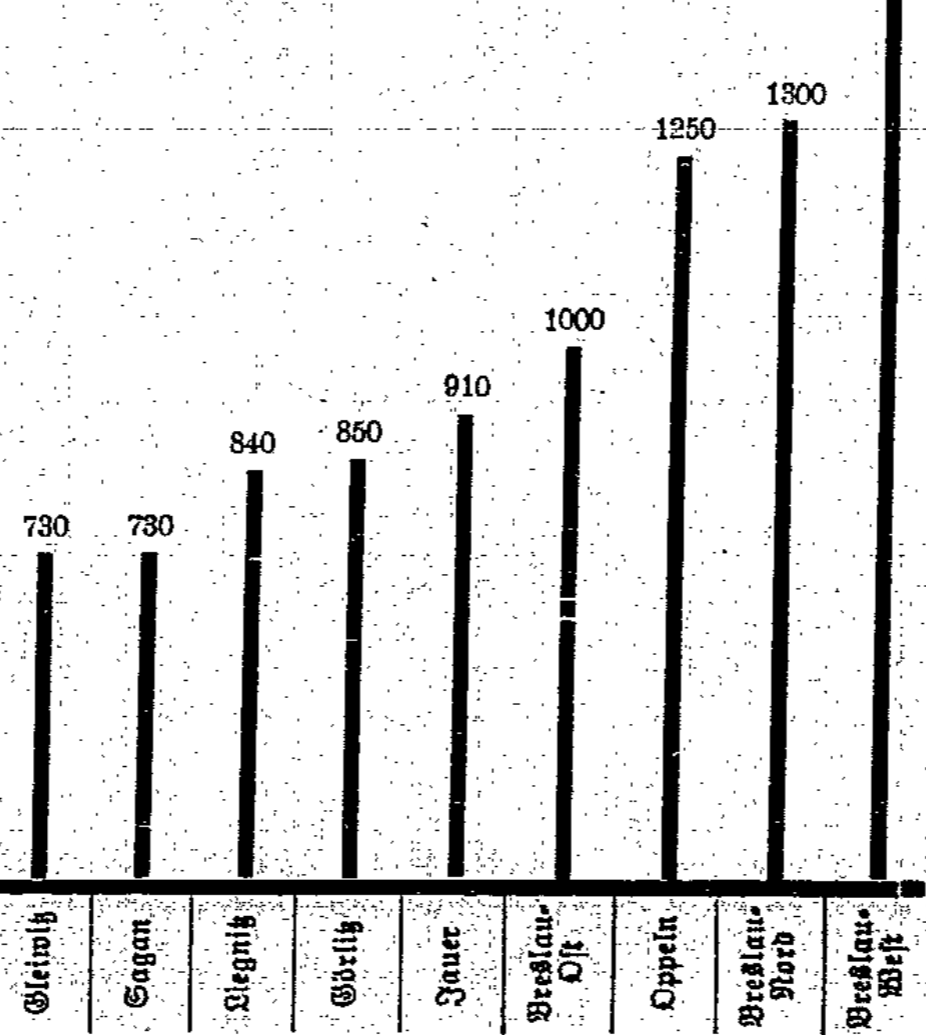
Maßnahmen zu treffen zur Besserung der Kultur- und Lebensverhältnisse der Truppenteile der Armee, zur Liquidierung der Erwerbslosigkeit der Kommandeure der Reserve und der demobilisierten Rotarmisten; das Gesetz über Vergünstigung für Angehörige der Rotarmisten unentwegt durchzuführen.

Das sind Aufgaben einer wirklich proletarischen Kommunalverwaltung. Die russischen Arbeiter haben den Fasismus und Kapitalismus gekürzt, sie richten ihre Politik nur auf die Interessen des Proletariats.

Erlämpft auch in Deutschland die Sowjetkommune. Kämpft mit der kommunistischen Partei gegen den Kapitalismus zum Sturze der bürgerlichen Gesellschaft.

Am 17. November nicht nur kommunizieren!

## In der Spitze!



Am letzten Sonntag wurden insgesamt 11 846 Wochen Ausgaben der „Arbeiter-Zeitung“ im Sonderverkauf vertrieben. Das sind 1511 Exemplare mehr als am Sonntag vor acht Tagen. An der Spitze im Wettbewerb um die höchste Zahl in den sechs Wochen vor der Wahl steht nunmehr Breslau-West. Die Leistungen in Oppeln, Jauer und Gagan sind, unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl in diesen Städten, als sehr gut zu bezeichnen. Genossen, die Kurze auch weiter verfolgen. Erhöht die Bestellungen! Werbt für den Wochenabnehmer! Fordert die Wochenabnehmer auf, ein Dauerabonnement auszugeben. Kauft zum ersten Großwerbetag am Sonntag, dem 27. Oktober!

## Die rechtliche Lage der „Wohlfahrts-Arbeiter“

Nachstehender Artikel ist im Heft 7 der „Proletarischen Sozialpolitik“ erschienen. Der Schluss verweist auf die nächsten Erwerbslosenausgabe. Die Redaktion.

Das Arbeitsvermittlungsgesetz (AVVG) hat in Deutschland vorgebildet, was die ihm vorausgehende Zeit der Erwerbslosenfürsorge bereits auf die Tagesordnung gestellt hatte. Die Berücksichtigung der ökonomisch an sich einheitlichen Kategorie der Erwerbslosen in eine Reihe von Gruppen. Da sind die Erwerbslosen, die entsprechend dem früheren Lohn in 11 Unterabteilungen eingeteilt sind, dann die Krisenunterstützten, deren Unterstützung von den Arbeitsämtern nach Bedürftigkeit festgestellt wird, also ganz ungleichmäßig ist, und zuletzt die Wohlfahrts-Erwerbslosen, die Armenunterstützung auf der Grundlage der Notlage erhalten und völlig der Willkür der Wohlfahrtsämter preisgegeben sind. Die bewährte Aufgliederung der Erwerbslosen in eine Reihe von ökonomisch ganz verschiedenen Schichten ist nur der Ausdruck der Spaltungsstrategie der Reformisten, die um ihrer eigenen Existenz willen auf alle Art und Weise wenigstens die bessergestellten Teile der Arbeiterschaft von der Klassenkampfstrategie des Proletariats zu isolieren versuchen müssen.

Die Ursache des Entstehens von Wohlfahrts-Erwerbslosen kann nach der Rechtsgrundlage des AVVG eine vierfache sein. Entweder haben die erwerbslos werdenden die Voraussetzungen des AVVG nicht erfüllt, keinen Unterstühtungsanspruch beispielsweise, weil sie vorher keine versicherungspflichtige Arbeit ausübten, oder in einer solchen nicht lange genug standen; oder ihr Unterstühtungsanspruch ist zu Ende, ohne daß die Krisenfürsorge eingreift, sie sind also ausgesteuert; oder drittens, sie sind in sehr hohem Grade erwerbslos, oder endlich, viertens, sie sind „arbeitsunfähig“, einer der höchsten Gründe des Unterstühtungsanspruchs, den die herrschende Klasse dadurch herbeiprovoziert, daß sie den Arbeitssuchenden zumutet, auch nichtberufsmäßige Arbeit zu übernehmen. Alle diese Erwerbslosen fallen auf Grund der Fürsorgepflichtverordnung den Wohlfahrtsämtern zur Last.

Lebigher die finanziellen Belastung wegen — und nicht aus Gründen einer wirklichen Sozialpolitik, womit die Gemeinden sich so gern in der Öffentlichkeit brüsten — ist deshalb eine zunehmende steigende Anzahl insbesondere von Großstädten und größeren Mittelstädten dazu übergegangen, im Einvernehmen mit den Organen der Arbeitslosenversicherung das Grundprinzip der Arbeitsvermittlung, ihre Konzentrierung in den Händen der Arbeitsämter, zu durchbrechen und der Wohlfahrts-Erwerbslosen Arbeiter in „im öffentlichen Interesse“ zuzuwenden. Diese Art der Arbeitsbeschaffung ist nichts weiter als Vermittlung zur Zwangsarbeit. Sie weist sich in unserer angeklagte völlig sozial eingestellten Republik würdig an die bekannten Deprivations-Erwerbslosen zu Land- und forstwirtschaftlicher Kulturarbeit an; denn die Zurückweisung einer derartig ansehnlichen Arbeitsaufnahme wird durchweg mit dem Entzug der Wohlfahrtsunterstützung bestraft.

Die Durchbrechung des Grundprinzips der Arbeitsvermittlung allein durch die Arbeitsämter wird gerechtfertigt mit dem § 19 der Verordnung über die Fürsorgepflicht, wonach die Fürsorgeverbände ein Recht auf Zuweisung des Unterstühten zu gemeinnütziger Arbeit hat. Dabei kann es sich entweder um Zuweisung von Arbeit (sozialen als Gegenleistung für die gewährte Wohlfahrtsunterstützung handeln oder um Zuweisung von Arbeit, um den Unterstühtungsfall aufzuheben. Im ersten Falle wird die Zahlung der Unterstühtung abhängig gemacht von der Arbeitsleistung, d. h. — ökonomisch betrachtet — wird unter dem Bedmantel der Erziehung zur Arbeit teilweise eine Wiedereinführung des Sklavereis vorgenommen, im zweiten Falle wird der Wohlfahrtsunterstützte vor die Wahl gestellt, entweder zu arbeiten oder der Unterstühtung verlustig zu gehen, d. h. zu verhungern. Im ersten Falle erhält der Wohlfahrts-Erwerbslose ohne Rücksicht auf die Länge, die Schwere und den Wert seiner Arbeitsleistung die bisher gezahlte Unterstühtung weiter, im zweiten Falle kann sein Verdienst über oder unter der Höhe der Unterstühtung liegen entsprechend seiner Arbeitsleistung. Während es sich im ersten Falle um nichts weiter handelt als um sozusagen eine offene Form des Arbeitskaufes, liegt im zweiten Falle zwangsweise Arbeitsvermittlung vor, die sich prinzipiell in nichts von der Arbeitsvermittlung der Arbeitsämter zu nicht berufsmäßiger Arbeit unterscheidet, äußerlich allerdings in der Regel dadurch gekennzeichnet ist, daß es sich um Kurzarbeit oder 3-Tage-Arbeit handelt, und daß sie an einem Material vorgenommen wird, das auch die inländische Schule der Dauererwerbslosigkeit dem beherrschenden Druck gegenüber zugänglich gemacht worden ist.

Andererseits bestehen in der Praxis sehr erhebliche Unterschiede zwischen den Wohlfahrtsarbeitern und den freien Lohnarbeitern. Die Rechte aus dem Betriebsstrategie sowie tarifmäßiger Lohn werden den Wohlfahrts- oder Fürsorgearbeitern nicht gewährt. Anlässlich der Einrichtung der Wohlfahrtsarbeit in Groß-Berlin in der Form der 3-Tage-Arbeit wurden hier zwar in einzelnen Bezirken Vertrauensleute bestimmt, die Klagen und Beschwerden entgegenzunehmen hatten; aber diese Vertrauensleute waren lediglich eine Schöpfung der Bürokratie und sind dementsprechend von den Arbeitern auch nicht beansprucht worden.

Die Frage der Beziehung der Arbeit lag bisher völlig im Ermessen der Wohlfahrtsämter. Man muß hier wiederum unterscheiden zwischen Fürsorgearbeitern, die ihre Unterstühtung abarbeiten und Fürsorgearbeitern, denen an Stelle von Unterstühtung Arbeit zwangsweise vermittelt worden ist. Bei der ersten Kategorie unterstühten die Wohlfahrtsämter nicht eine Beziehung der Arbeitsleistung, sondern eine nach bzw. zur teilweise Rückzahlung der gewährten Unterstühtung durch Arbeitsleistungen. Bei der zweiten Kategorie gewählten die Gemeinden als Träger der Fürsorgearbeit in der Regel Entgelt nach Leistung, d. h. nach Willkür. Wichtig gesehen verhalten sich in beiden Fällen unter Anwendung der Fürsorgeordnung die Gemeinden — in den weitaus meisten Fällen handelt es sich bei den Fürsorgearbeitern um Arbeit im Interesse der Gemeinden — billige Arbeitskräfte. Sie wirken einfach als Lohnempfänger und verorten den Arbeitsmarkt, auf daß sie ihn entlasten.

Dieses laubere Handwerk ist den Gemeinden — man darf nicht unterlassen zu erwähnen, daß die sozialdemokratisch geleiteten oder beeinflussten Gemeinden durchaus mit bei der Partie waren, wir erinnern nur an die Stadträte Dr. Kraus vom Kölner Wohlfahrtsamt — inzwischen durch einige richterliche Entscheidungen teilweise

gelegt worden. Allerdings ist die bürgerliche Rechtssprechung nur ägernd und unter großen Schwankungen an die Klärung der Rechtslage der Wohlfahrtsarbeiter herangegangen. So hatte das Landesarbeitsgericht Hamburg in der Berufung zu Gunsten der Wohlfahrtsämter die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts (RAG) vom 28. 11. 28, RAG. Januar 1929, S. 87 Nr. 50), das Landesarbeitsgericht Quidburg zwischen den beiden Gruppen der Wohlfahrts-Erwerbslosen unterschieden (Entscheidung vom 23. 8. 28, RAG. 1928, S. 885) und nur der zweiten Gruppe (zwangsweise vermittelte Arbeit an Stelle von Unterstühtung) die arbeitsrechtliche Erziehung des Tariflohnens bzw. des tarifmäßigen Lohnes zuerkannt. Wesentlich anders entschied der Preussische Verwaltungsrat für Kompetenzkonflikte am 16. 12. 28. Er lehnte die verwaltungsgerichtliche Behandlung eines ihm in dieser Beziehung zur Entscheidung unterbreiteten Einzelfalles — nach der Auffassung der Wohlfahrtsämter ist in Sachen der Wohlfahrtsarbeit nur der Belageweisung statthaft — als unzulässig ab und erstellte die ordentlichen Gerichte für zuständig. Die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte erklärte er für beide Arten von Wohlfahrtsarbeitern gegeben. Es bewies sich damit

in der Richtung der Entscheidung des Reichsgerichts in Zivilsachen (191 Bd., S. 288 Nr. 65 v. 12. 6. 28), die wenigstens für die weite Zeit der Wohlfahrtsarbeiter in Fragen des Lohnes die Zuständigkeit des ordentlichen Rechtsweges für gegeben erachtet und in diesem Sinne eine von der „Arbeitszentrale für Erwerbsbeschäftigte in Frankfurt a. M.“ erlassene Arbeitsordnung als gegen das Betriebsstrategie verstoßend aufhob. In der Begründung wird angeführt:

„Die Ansprüche der Erwerbslosen auf Geldunterstützung oder Arbeitsvermittlung sind, ebenso wie die ihnen entsprechenden Verpflichtungen der Fürsorgeträger, rein öffentlich-rechtlicher Natur und können nur im Verwaltungsweg geltend gemacht werden. Mit der Erreichung des Ziels der Erwerbslosenfürsorge, d. h. mit dem Eintritt des bisher Erwerbslosen in ein Dienstverhältnis, erlöschen aber seine öffentlich-rechtlichen Beziehungen zu dem Fürsorgeträger. Er begründet, wie auch das Reichsarbeitsgericht in einer ähnlichen Streitfrage der Bellagier wider Sch. im Urteil vom 7. Dezember 1927 (RAG. Bd. 1, S. 80) ausgesprochen hat, als Dienstverpflichteter ein privatrechtliches Verhältnis zwischen sich und dem Arbeitgeber, gleichviel ob dieser der frühere Fürsorgeträger oder ein Dritter ist. Von diesem rechtlichen Gesichtspunkt aus ist auch der Arbeitsvertrag zwischen dem Unternehmer von Kottbus, arbeiten und den ihm zugewiesenen Erwerbslosen als privatrechtlicher Vertrag anzusehen, wie im Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 18. Januar 1928 (RAG. Bd. 1, S. 81) dargelegt ist.“ (Schluß folgt.)

## Der Königszeller Kongreß An alle Erwerbslosen und Betriebsarbeiter in Schlesien

Am Sonntag fand in Königszell eine Konferenz der oppositionellen Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre statt. Einen Bericht über den Verlauf veröffentlichen wir im lokalen Teil. Die Konferenz hat beschlossen, sich an die schlesischen Erwerbslosen und Betriebsarbeiter mit folgendem Aufruf zu wenden:

Eine Reihe von Wirtschaftskämpfen in der letzten Zeit, auch in Schlesien, zeigt der Arbeiterschaft immer klarer und deutlicher, daß von Seiten der Gewerkschaftsbürokratie mit allen Mitteln versucht wird, die Kämpfe der Arbeiterschaft zu isolieren, sie mit oder ohne Hilfe der Schlichtungsinstanzen abzuwürgen. In allen Berufsgruppen wächst der Wille, die durch die Teuerungslast überholten Tarifhöhe durch Streiks zu verbessern. Die Gewerkschaftsbürokratie aber fordert Tariftreue und Wirtschaftsfrieden, sie unterdrückt die Meinungsfreiheit der Mitgliedschaft, verschlägt die Organisationen durch Massenauflösung oppositioneller Funktionäre und Mitglieder, vermittelt ganz offen Streikbrecher und bekämpft die Solidaritätsaktionen der Arbeiterschaft.

Trotz allem wächst der Kampfeswille der Arbeiterschaft. Es ist deshalb die Aufgabe der revolutionären Opposition, neue Bewegungen anzuknüpfen, zu organisieren und eine einheitliche proletarische Kampffront unter revolutionärer Führung herauszubilden.

Die auf der Bezirkskonferenz Schlesien anwesenden Ver-

treter der revolutionären Gewerkschaftsopposition begrüßen deshalb die Einberufung eines

### Reichskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

der die Aufgabe hat, zur Vorbereitung, Auslösung und Führung der kommenden Wirtschaftskämpfe Stellung zu nehmen, die Gewerkschafts- und Betriebsarbeiter in Schlesien vorzubereiten und die notwendigen Maßnahmen für einen festeren und straffen Zusammenschluß der revolutionären Opposition zu beschließen.

Sie erwarten von dem Reichskongreß die Schaffung eines klaren Kampfsprogramms mit dem Ziel, die Einheitsfront mit den Betriebsarbeitern und Erwerbslosen zwischen Organisierten und Unorganisierten zum radikalsten Kampf gegen das Unternehmertum, gegen den kapitalistischen Staat und gegen die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie heranzuführen.

In diesem Sinne fordern sie auf der Bezirkskonferenz Schlesien anwesenden Vertreter der revolutionären Gewerkschaftsopposition die Arbeiter in allen Betrieben, die oppositionellen Gewerkschaftsorganisationen, die Betriebsräte und Erwerbslosenausschüsse auf, die Wahl von Delegierten zur Reichskonferenz mit aller Energie und trotz der Drohungen durch die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie einzuleiten und durchzuführen.

## Erwerbslose Hand in Hand mit den Betriebsarbeitern

Von Heinz Guers.

Der Kampf der Erwerbslosen um Arbeit und Brot ist in ein neues Stadium getreten. Während in früheren Jahren die aus dem Produktionsprozeß Ausgeschiedenen allein standen in dem Ringen um ihre Lebensnotwendigkeiten, sehen wir in den letzten Monaten ein aktives Eingreifen der Betriebsarbeiter.

Die Ursache dafür liegt zunächst in der weiteren strukturellen Veränderung des Arbeitsmarktes. Bei Beginn der Rationalisierungsphase 1925/26 wurden Millionen von Arbeitskräften freigelegt, von denen ein großer Teil überhaupt nicht mehr in die Betriebe zurückkehrte und ein anderer Teil nur immer vorübergehend Beschäftigung erhielt. Alleen doch selbst in dem besten Monat der guten Konjunktur — September 1927 — rund 868 000 Männer und Frauen arbeitslos. Seitdem ist die Zahl noch beträchtlich gestiegen, im September 1928 auf 1 157 000 und im September 1929 auf 1 500 000.

Dabei ist die Zahl der Beschäftigten nach den Berichten der Krankenkassen im September 1929 höher als 1927. Bei einer solchen kolossalen industriellen Reservearmee und den immer länger werdenden Arbeitsperioden in fast allen Industriezweigen ist es den Kapitalisten um so leichter, einen ständigen Ausleseprozeß unter den Arbeitskräften durchzuführen.

Dadurch kommen immer neue Arbeitermassen zu den Arbeitsängsten und lernen aus eigener Anschauung die Drangsalierungen, Schikanen, Zwangsvermittlungen, Unterstühtungsperren usw. pünktlich kennen. Immer neue Tausende erfahren auf diese Weise, daß der Rechtsanspruch auf Unterstühtung wohl eine sozialfaschistische Fiktion, aber keine Realität ist der Arbeitslosen ist.

Ganz besonders haben das die Saisonarbeiter im vergangenen Winter bei den Auswirkungen der Sonderfürsorge erfahren. Es ist ganz natürlich, daß alle diese Schichten, die vorübergehend wieder in die Betriebe kommen, weit eher lebendig und aktiv werden, wenn sie hören, daß noch weitere Abbau und Zwangsmassnahmen gegen die Erwerbslosen getroffen werden sollen. Steht doch jeden Tag vor ihnen die Gefahr, ausgerechnet in die Hungerarmee eingereiht zu werden. Hinzu kommt aber, daß bei der ungleichen Freiheit und Beweglichkeit, mit der die Unternehmer und Sozialfaschisten den letzten Pfahnen zu den Erwerbslosen und Betriebsarbeitern durchgeföhrt haben, breite Arbeiterschichten erkannt haben.

Es handelt sich nicht nur um die Lösung eines Finanzproblems im Interesse der Kapitalisten, nicht nur um einen vorübergehenden Zeitungsabbau in der Erwerbslosenfürsorge, sondern um einen Teil eines allgemeinen Kampfes auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse! Die Arbeiter kämpfen um Lohnvermehrung und Arbeitszeitverkürzung. Sie führen diese Kämpfe gegen Unternehmer, Staatsapparat und Gewerkschaftsbürokratie durch (wobei die letzteren den Streikbruch organisieren). Diese dreieinige Front zeigt, daß aus den Reihen der

Erwerbslosen sehr wenige sich finden, die bereit sind, die Arbeit in bestreikten Betrieben anzunehmen. Im Gegenteil, sie unterstützen die Streikenden aktiv, (s. B. im Westarbeiterkampf, bei den Tiefbauarbeitern in Berlin, bei den Textilarbeitern in Thüringen u. a.).

Diese Kampffront zwischen Arbeitenden und Erwerbslosen soll zertrennt werden, um neue Vorstöße auf die wirtschaftliche Existenz der Arbeitenden machen zu können.

Das ist der politische Sinn des Unterstühtungsabbaus und der neuen Straß- und Sperrbestimmungen.

Die Arbeiter begreifen sehr gut, daß die Verlängerung der Unterstühtungsperre — die bis auf sechs Monate ausgedehnt werden kann — ein Schutz gegen Streikgefahr sein soll, eine Bestimmung, die gegen jeden Arbeiter, gegen jede Arbeiterin angewendet wird, die für anständige Arbeitsbedingungen eintritt, die Interessen ihrer Kollegen wahrnehmen und nicht die inechtschen Gewohnheiten streberischer, unternehmerfreundlicher Elemente in ihrem Auftreten zeigen.

Die Arbeiter sehen auch, wie die Arbeitsvermittlung für die Zwecke der Unternehmer und Sozialfaschisten ausgenutzt wird. Die Tatsache, daß Betriebsarbeiter und ihre Funktionäre, die für bessere Arbeitsbedingungen eintreten, mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie und der Arbeitsgerichte aus den Betrieben entfernt werden, reden deutlich genug, um zu zeigen, warum die sozialdemokratischen Abgeordneten den kommunistischen Antrag auf Einführung des Melde- und Vermittlungszwanges niedergelassen haben.

In der Berliner Verkehrs-W. haben die Sozialfaschisten den Unternehmer gezeigt, wie man die Betriebe von kommunistischen oder oppositionellen Arbeitern freimacht!

Das sind nur einige Gründe, die darlegen sollen, warum die Betriebsarbeiter in gemeinsamer Front stehen mit den Erwerbslosen, warum sie ihre Kämpfe um höheren Lohn, um den Siedenfundentag und um ausreichende Unterstühtung verbinden müssen.

Diese Front muß ausgebaut werden, muß alle Schichten der Arbeitenden und Erwerbslosen vereinigen zur Gegenoffensive gegen Unternehmerwillkür und den sozialfaschistischen Terror.

Die Methoden und Mittel dieses einheitlichen Kampfes soll der Kongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition und in einer Sonderberagung der Reichskonferenz der Erwerbslosen überprüfen. Die bisher festgestellten Fehler und Mängel der gesamten Bewegung werden ernsthaft auf dieser Tagung besprochen werden, um eine bessere Durchführung der vor uns stehenden Aufgaben zu gewährleisten.

Deshalb werden alle Klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen — ohne Rücksicht auf neue Verpallmassnahmen seitens der Gewerkschaftsbürokraten — in ihren Versammlungen Delegierte wählen zum Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Sympathieerklärung für die Berliner Rohrlager - Abrechnung mit Stadtrat Ammon - Eine große Kundstiftung des Erwerbslosen-Ausschusses in Breslau

Breslauer Kontursverwalter entflohen!

Nach dem Verzugstande v. Allen. ... der mit ersten Selbstmord erbeut, ein neuer Standart: Einer der bekanntesten, reichsten und einflussreichsten Breslauer Kontursverwalter, D. G. ...

Die Neubauristen nochmals vor dem Ausschuss

Gestern nachmittags beschloß sich der Ausschuss II nochmals mit dem kommunikativen Unterausschuss auf Entscheidung der Neubauristen um 20 Prozent. Die vom Magistrat ...

Welcher nahm der Ausschuss eine Erklärung ... die er hat unerschütterlich ...

Die Revolte in der Berufsschule geht weiter

Am Sonnabend berichteten wir über ... der Berufsschule II. Dieser ...

Wir haben bereits auf die tieferen Ursachen ... der Berufsschule durch die Lehrer, die ja auch nur ...

Berufungsprozess wegen Roten-Hilfe-Sammlung

Im Juli dieses Jahres war der verantwortliche ... der Arbeiterzeitung, Genosse ...

Wüthender Sturm

Der 45 Jahre alte Kranenbauer Fritz L., ... gegen 10 Uhr, auf dem ...

Petrus, Maria Magdalena, Simon und ... den Kopf ...

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele. Auch der ... diese Woche ...

Die Ablehnung der Wirtschaftsbefehle für die Erwerbslosen und die anderen Hilfsbedürftigen durch die ...

Landtagsabgeordneter Genosse ... im ersten Tagesordnungspunkt, ...

Streikung der Gehälter über 1000 Mark im Monat

Streikung der Gehälter über 1000 Mark im Monat, ... das ist das, was wir verlangen. ...

Im zweiten Tagesordnungspunkt behandelte Genosse ...

Alle Arbeitersportgenossen (Mhleten, Turner, Fußballer, ...

Freie Turnerschaft, Tennis-Abteilung. Heute Mittwoch 20 Uhr ...

Mittelschlesien Schwere Bluttat bei Strehlen

Gestern Dienstag wurde in den späten Abendstunden die Breslauer ...

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen: Stadtrat ... Kommunistischer Jugendverband: Gruppe ... Jung-Spartakus-Bund: Gruppe ... Sonstige Organisationen: Arbeiter-Sportklub ...

Das gottlose Mädchen Mädchen aus Frisco Jugend verboten! Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Erwerbslosenvereinsammlungen ... zum Teil ist ein Erfolg ...

In Vorbereitung ist die Gründung einer weiteren ... die Frauen in der Nähe des ...

Nachstehende Resolutionen wurden einstimmig angenommen: Die heute versammelten Breslauer Erwerbslosen ...

Die heute versammelten Erwerbslosen und ... erheben für diesen Protest gegen das Vorgehen ...

Schauspielhaus. Im weitesten Kreise die Möglichkeit zu geben, ...

Vereinigte Theater: Liebe-Theater, Thalia-Theater

Stadtheater Breslau: Opernhaus, Spielplan vom 24. bis 27. Oktober 1929

Schauspielhaus: Operettenbühne, Tag und Nacht

Friederike: Haupt Mittwoch d. 23. nachm. 4 Uhr

Paul Nitsche: Breslau, Adolfstr. 14

Blindleibhaus Grundmann: Breslau, Drebniger Str. 21

Aug. Maiwald & Söhne: Möbelmagazin, Waidenburg, Kirchstr. 6a

PEUVAG: Papier-Erzeugnisse, Fil, Breslau

Antilige Bekanntmachung von Weisklein: Infolge der anhaltenden Trockenheit ...





Görlitz

Liegnitz

Grünberg

Ihre Einkäufe? Gut und billig nur im KAUFHAUS ZUM STRAUS GUDOLPH KARSTADT A. G. GÖRLITZ 11043

S. HARLAM Ring 46, am Fischmarkt... 11926

Ernst Th. Franke Nachf. Kolonialwaren u. Weinhandlung... 11136

Stuhrmann, Ring 21/22... 11364

Sprechapparate / Musikschallplatten... 11432

Vollermöbel-Stephan... 11030

Sprechapparate Schallplatten... 11938

Fritz Stahl Optiker... 11148

Manufaktur, Weiß- und Wollwaren... 11886

Ami Zellulose... 11433

Für alle Krankenkassen die gute Brille... 11028

Schuhreparatur... 11824

Otto Brase... 11120

Schwarze / Reparaturen... 11887

Kauf Kohlen bei... 11475

Optiker Trabs... 11039

Glogau... 11408

Joseph Andorff... 11119

Fritz Grätz... 11388

ELECTROLA... 11436

S. Fischer... 11044

B. Kunzendorf... 11402

Otto Kinzel... 11119

Schmerwitz... 11380

August Holburg... 11032

Optiker Trabs... 11042

M. Mami... 11398

M. Eckert... 11148

Paul Mohr... 11428

Görlitzer Bürgerbräu in Qualität unübertroffen! 11045

Knebel... 11399

Feinbäckerei... 11117

Referiert... 11429

A. Klingenberg K.-G. 11041

Milch... 11401

Paul Wagner... 11145

Punella Gold... 11114

Molkerei Weißbach 11040

Emil Winkler... 11406

Woydts... 11140

Milch... 11115

Wäschehaus Hermann Junge 11037

M. Dedert & Co... 11408

Grünberger Bergschloß-Biere 11141

Wäsche, Weiß- und Wollwaren... 11118

Görlitzer Molkerei 11038

G. Mehlig... 11319

W. Grau... 11139

Referiert... 11116

BERNDT 11034

M. Liebermann... 11320

Paul Sander... 11068

Leinenhaus... 11121

J. Erhardt 11046

PAUL RENNER 11030

Sprottau... 11322

Installationen... 11135

Referiert... 11145

Möbelhaus G. Popig 11033

Max Ratsch 11031

Greiffenberg... 11084

Heinrich Hammerla... 11310

Referiert... 11149

KARL ROCH 11029

M. Lorenz 11035

Walter... 11067

Theophil Rosenthal... 11311

Referiert... 11250

Trinkt einheimische Biere der Brauerei Bergschloßchen A.-G. 11321

Walters... 11068

Trinkt Milch... 11315

Referiert... 11251

B. Zindler... 11443

Schuhhaus... 11069

Sortimentshaus... 11312

Referiert... 11252

Eise Hoffmann... 11440

Hausfrauen... 11437

Carl... 11071

Trinkt Milch... 11313

Referiert... 11253

Fritz Skupin... 11442

Hausfrauen... 11445

Carl... 11072

Trinkt Milch... 11314

Referiert... 11254

F. Rollmann... 11441

Hausfrauen... 11445

Carl... 11073

Trinkt Milch... 11316

Referiert... 11255

Frankel... 11444

Hausfrauen... 11445

Hausfrauen... 11445

Trinkt Milch... 11316

Referiert... 11256

Inscrenten!